

## Stellungnahme

### Anpassung der DAWI De-minimis-Verordnung

Die Konsultation der EU-Kommission zur De-minimis-Verordnung für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) ist aus Sicht des Handwerks ein wichtiger Schritt, um das Beihilfenrecht bürokratieärmer und praxistauglicher zu gestalten. Die Angleichung bestimmter Konzepte und Begriffe an die Verordnung (EG) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung) ist zu diesem Zweck sinnvoll. Außerdem ist die Anpassung der freigestellten Beträge aus Gründen der Inflation zu begrüßen. Die Einführung eines Zentralregisters kann dazu beitragen, Betriebe und beihilfegebende Stellen von bürokratischen Pflichten zu entlasten. Jedoch bedarf es einer längeren Frist zur Umsetzung von mindestens einem Jahr. Die zeitnahe Eintragung in das Register ist wichtig und ist mit 20 Arbeitstagen aus Sicht des Handwerks angemessen.

Berlin, 30.05.2023

### Bewertung des Entwurfs der DAWI De-minimis-Verordnung

Das Handwerk begrüßt die 2019 begonnene Evaluierung der europäischen Beihilfevorschriften, die vor allem dazu dienen soll, den neuen Marktveränderungen und technischen Entwicklungen sowie den neuen Prioritäten der EU-Kommission angemessen Rechnung zu tragen. Die EU-Kommission sollte dabei auch ihrer eigenen ausdrücklichen Zielsetzung gerecht werden und Bürokratie für den Mittelstand spürbar abbauen.

Um die Handwerksbetriebe bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen, wie dem technologischen Wandel oder steigendem Wettbewerbsdruck aus dem In- und Ausland, zu unterstützen und ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken, fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in Deutschland ein speziell auf die Anforderungen der Handwerksbetriebe ausgerichtetes bundesweites und fachlich flächendeckendes Informations-, Beratungs- und Technologietransfernetzwerk (Know-how-Transfer im Handwerks). Die gewerbespezifischen Informationstransferstellen aus diesem Förderprogramm, welche bei den Fachverbänden des Handwerks angesiedelt sind, sind als beihilfegebende Stellen direkt von der DAWI De-minimis-Verordnung betroffen.

Der Entwurf der DAWI De-minimis-Verordnung sieht im wesentlichen folgende Veränderungsvorschläge vor: Erhöhung des Schwellenwertes, Anpassung der Begrifflichkeiten an die De-minimis-Verordnung und die Einführung eines verpflichtenden Zentralregisters.

### **Erhöhung des Schwellenwertes zu begrüßen**

Die aktuelle Obergrenze für DAWI-Beihilfen von 500.000 EUR in drei Steuerjahren wurde in der DAWI De-minimis-Verordnung von 2012 für den Zeitraum bis 2018 festgelegt. Seither wurden keine Anpassungen vorgenommen. Diese Grenze ist aus Sicht des Handwerks nicht mehr praxistauglich. In Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Preisentwicklung der letzten beiden Jahrzehnte erscheint eine Anhebung der DAWI De-minimis-Beihilfen auf mindestens 650.00 EUR in drei Jahren pro Mitgliedsstaat aus Sicht des Handwerks erforderlich, wobei sogar eine Anhebung auf bis zu 1 Mio. Euro wünschenswert wäre.

### **Anpassung bestimmter Begriffe in der DAWI De-minimis-Verordnung an die allgemeine De-minimis-Verordnung sinnvoll**

Aus Sicht des Handwerks ist es sinnvoll und konsequent die Begrifflichkeiten in der De-minimis-Verordnung für DAWI und die allgemeine De-minimis-Verordnung zu harmonisieren und ein einheitliches Verständnis zu erreichen. Die Zielsetzung sollte dabei sein, möglichst einfache und einheitliche Begrifflichkeiten bei allen Beihilfenvorschriften zu verwenden und dadurch deren Anwendung durch die beihilfegebenden Stellen und die geförderten Betriebe zu vereinfachen.

### **Anpassungen bei der Ausgestaltung und Zugänglichkeit des Zentralregisters notwendig**

Die Einführung eines obligatorischen Zentralregisters zur Erfassung von DAWI De-minimis-Beihilfen kann aus Sicht des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) grundsätzlich dazu geeignet sein, die bürokratischen Lasten und den Verwaltungsaufwand sowohl für die beihilfegebenden Stellen als auch für die geförderten Unternehmen zu reduzieren.

Falls das Register öffentlich einsehbar sein sollte, muss aus Sicht des Handwerks jedoch darauf geachtet werden, dass nur die zur Überprüfung der Einhaltung der Schwellenwerte notwendigen Daten über die Unternehmen öffentlich erscheinen. Eine völlige Offenlegung aller Informationen zu jeder Einzelbeihilfe ist dagegen für die Überprüfung der Einhaltung der Schwellenwerte weder erforderlich noch in Anbetracht der berechtigten Interessen der Betriebe gegenüber ihren Wettbewerbern sachgerecht.

### **Umsetzungsfrist und Übergangszeit**

Die im Entwurf vorgesehene Anpassungsfrist von 6 Monaten ist aus Sicht des ZDH zu kurz, um ein nationales Register zu erstellen. Es besteht daher die Gefahr, dass Deutschland innerhalb dieser Frist kein bürokratiearmes und für alle Beteiligten effektives Zentralregister aufsetzen kann. Mehr als auf die Schnelligkeit sollte es auf ein qualitativ gut ausgestaltetes Zentralregister ankommen, sodass eine Umsetzungsfrist von mindestens einem Jahr angemessen erscheint.

Artikel 6 (4) des Entwurfs sieht außerdem vor, dass der Absatz 1 bis 3 nicht mehr anzuwenden ist, sobald die Informationen im Zentralregister einen Zeitraum von drei Steuerjahren abdecken. Um den bürokratischen Aufwand weitestgehend zu minimieren, sollte es möglich sein, dass Unternehmen bei Einführung des Zentralregisters alternativ bestätigen können, dass sie für den Zeitraum der beiden vergangenen Steuerjahre sowie für das laufende Steuerjahr bislang keine DAWI De-minimis-Beihilfen erhalten haben. Hierdurch sollte mit sofortiger Wirkung der Artikel 6 Absatz 1 bis 3 für diese Unternehmen entfallen.

Insbesondere muss sichergestellt werden, dass eine zeitnahe Eintragung in das Zentralregister erfolgt und die zuwendungsgebenden Stellen direkt die Beträge einsehen und prüfen können, ob eine weitere Zuwendung noch innerhalb der DAWI De-minimis-Grenze liegt. Das deutsche Handwerk sieht daher 20 Arbeitstage als angemessen an. Eintragungsbefugt muss jede beihilfegebende Stelle inklusive den Handwerksorganisationen sein. Von besonderer Bedeutung ist es hierbei, ein möglichst einfaches und bürokratiearmes Verfahren zur Akkreditierung der beihilfegebenden Stellen zu schaffen.

### **DAWI De-minimis Bescheinigungen müssen elektronisch versandt werden können**

Die Ausgabe der DAWI De-minimis-Bescheinigung durch die beihilfegewährende Stelle sollte auch in elektronischer Form möglich sein, analog zur Erklärung des Beihilfeempfängers. Dies würde zu einer Entlastung bei der Zustellung der Bescheinigungen führen, die Verwaltungskosten senken und einen weiteren Impuls zur Beschleunigung der Digitalisierung innerhalb der EU bringen.

---

#### **Ansprechpartner: Dr. Peter Weiss**

Abteilung: Gewerbeförderung  
+49 30 20619-320  
weiss@zdh.de · [www.zdh.de](http://www.zdh.de)

#### **Ansprechpartner: Tim Krögel**

Abteilung: Europapolitik  
+32 2 23085-39  
kroegel@zdh.de · [www.zdh.de](http://www.zdh.de)

#### **Herausgeber:**

Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.  
Haus des Deutschen Handwerks  
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin  
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Lobbyregister: R002265

EU Transparency Register: 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter [www.zdh.de](http://www.zdh.de)